

UZUnsere Zeit
Zeitung der DKP

März 2014

notizen

aus Bottrop und Kirchhellen

Bürgerentscheid Schwarze Heide

Flugplatz:

ein Millionengrab!

Jetzt entscheiden die Bürgerinnen und Bürger in einem Bürgerentscheid über das Millionengrab Flugplatz Schwarze Heide! Am Sonntag, 29. Juni, wird der Bürgerentscheid stattfinden. Im letzten Jahr konnte mit dem ersten Bottroper Bürgerentscheid die geplante Schließung des Stenkhoffbades verhindert werden!

Der Flugplatz Schwarze Heide hat in den letzten Jahren über 10 Millionen Euro staatlicher Subventionen verschlungen. Ein Großteil davon sind Gelder der Stadt Bottrop, sind Gelder der Bürger unserer Stadt. Die Flugplatzgesellschaft gehört zu 49 Prozent der Stadt. Vertraglich ist Bottrop eigentlich „nur“ verpflichtet, jährlich bis zu 25.000 Euro Verlustausgleich für die Flugplatzgesellschaft zu zahlen. Tatsächlich alimentiert die Stadt jedoch den Flugplatz jährlich mit ca. 140.000 Euro. Die Flugplatzgesellschaft hat von der Stadt ein Darlehen von 1,088 Millionen Euro erhalten. Dieses Darlehen soll ab 2016 an die Stadt zurückgezahlt werden. Bereits im letzten Jahr hat der Kämmerer der Stadt, Herr Loeven, verkündet, dass die Flugplatzgesellschaft dazu nicht in der Lage sei und sein wird. Deshalb müsse die Stadt den Betrag stunden oder den jährlichen Verlustausgleich für die Flugplatzgesellschaft erhöhen. Mit anderen Worten: Der Zuschuss für den Flugplatz wird immer höher, damit die Gesellschaft ihr Darlehen an die Stadt zurückzahlen kann!! Vor drei Jahren wurde die Start- und Landebahn für 4,5 Millionen Euro von 900 auf 1.500 Meter verlängert. Damit sollte erreicht werden, dass sich in der Schwarzen Heide Geschäftsreise- und Taxi- luftverkehr ansiedelt. Von diesen Plänen konnte nichts realisiert

werden. Damit hat sich bereits jetzt die Verlängerung der Start- und Landebahn als eine Fehlinvestition herausgestellt. Statt dies einzugestehen, sollen künftig weitere Investitionen im Sand der Kirchhellener Heide versenkt werden. Laut Gutachter wären für ein Florieren des Flugplatzes ein automatisches Landesystem, Aufenthalts- und Ruheräume für Piloten sowie längere Betriebszeiten des Towers nötig – und das kostet! Damit wird der Zuschussbedarf für den Flugplatz durch die Stadt Bottrop von Jahr zu Jahr größer.



„Trautes Heim - Glück allein?“ ist der Titel der Frauentagsveranstaltung der DKP am Sonntag, den 16. März, 15.00 Uhr im Spielraum, Prosperstr. 71. Eintritt: Um eine Spende wird gebeten!

**Halten Sie
sich
Samstag, den
10. Mai schon
mal frei - für
das
Marktfest der
DKP
im Eigen**

Die DKP ist dafür, dass der Flugplatz Schwarze Heide sich künftig wieder auf Sport- und Segelflieger beschränkt. Bottrop braucht keinen „Airport Ruhr“! Die Gelder der Stadt sollen nicht in der Schwarzen Heide versickern, sondern werden für Bildung, Soziales und die kommunale Infrastruktur dringender benötigt. Machen wir gemeinsam mit dem Bürgerentscheid dem Millionengrab ein Ende!

Michael Gerber, Tel.: 96227

**Sprechstunden
der DKP-
Rats-
fraktion:**

**Montag,
Mittwoch
und
Donnerstag**

**von
14.00 Uhr
bis
17.00 Uhr
im**

**DKP-Büro
Germania-
straße 54**

*

**oder
ruf doch mal
an:**

688 157

*

**im
Internet:
www.dkp-
bottrop.de**

Frieden mit der EU??

Frieden in Europa - DKP wählen

Die DKP kandidiert nicht nur zur Kommunalwahl, sondern auch zur Europawahl, die Bottroperin Irmgard Bobrzik steht auf der Kandidatenliste. Soll das heißen, dass die deutschen Kommunisten ihren Frieden mit der EU geschlossen haben? Keineswegs! Die aktuellen Ereignisse in der Ukraine, das militärische Eingreifen europäischer Truppen in diversen Kriegsgebieten, die Stationierung von Raketen nicht nur auf deutschem Boden und vor allem die Durchsetzung immer schlechterer Bedingungen für die arbeitende Menschen zeigen: Eine EU der Mehrheit der Bevölkerung müsste anders aussehen!

Bei der Gründung der EU haben die Herrschenden in Europa und Deutschland Wohlstand und Frieden für alle versprochen. Spätestens mit der Ausweitung der Krise auf eine Reihe von EU-Staaten ist diese Propaganda in sich zusammengebrochen wie ein Kartenhaus:

- Seit 2008 ist die Erwerbslosen-zahl in der EU um 10 Millionen angestiegen, die Zahl der Unterbezahlten nimmt weiter zu. Allein in Griechenland ist über die Hälfte (!) der Jugendlichen ohne Job. Die Armut wächst selbst in den Hauptländern des Kapitals. Dies ist u.a. das Ergebnis des 2011 eingeführten Fiskalpaktes, der die ökonomisch schwächeren EU-Mitglieder unter das Diktat der EU-Kommission und der Europäischen Zentralbank zwingt und entmündigt.

- Wo Arbeiter, Angestellte und Erwerbslose gegen die sozialen Angriffe der EU-Troika und der eigenen Regierungen Widerstand leisten, setzen die Herrschenden demokratische Rechte außer Kraft und antworten mit Polizeigewalt.

- Führende EU-Länder wie Frankreich und Großbritannien

setzen auf einen Eskalationskurs in Syrien, um ihre geostrategischen Interessen in der rohstoffreichen Region durchzusetzen. Das imperialistische Deutschland folgt dieser Kriegspolitik durch die Stationierung von Patriot-Raketen in der Türkei.

- In verschiedenen EU-Ländern gewinnen neofaschistische und reaktionäre Parteien und Organisationen massiv mit ihrer menschenverachtenden Politik an Einfluss. Mit ihrer nationalen und sozialen Demagogie lenken sie gezielt von der Verantwortung ab, die die Herrschenden in der EU und den jeweiligen Ländern für Armut und Verelendung haben.

- Die EU-Agentur Frontex trägt die unmittelbare Verantwortung dafür, dass das Mittelmeer für Flüchtlinge zu einem Friedhof geworden ist. Gleichzeitig sind es die EU-Länder und ihre Konzerne, die den afrikanischen Kontinent ausbeuten, Stellvertreterkriege anzetteln oder selbst zur Kriegspartei werden.

Hierzulande werden politische „Eliten“ nicht müde, das „Wirtschaftswunder“ Deutschland

zu beschwören. Die Realität sieht aber auch hier anders aus:

- Fast ein Drittel aller ALG-II-Bezieher sind erwerbstätig – können also von ihrer Arbeit nicht leben.

- Das Lohnniveau ist in den letzten 15 Jahren real gesunken.

- Über eine Million Beschäftigte sind Leiharbeiter, die zum Großteil weit unter Durchschnitt verdienen.

- Mit der im Grundgesetz verankerten „Schuldenbremse“ und dem Fiskalpakt werden Leistungen der kommunalen Daseinsvorsorge zusammengestrichen.

Das ist Klassenkampf von oben gegen die Lohnabhängigen in Europa. Die DKP benennt die Hauptprofiteure der Angriffe auf die sozialen und demokratischen Rechte der Lohnabhängigen hier und in der EU: die großen Banken und Konzerne – vor allem die deutschen sind Hauptnutznießer dieser Politik.

Die DKP bezieht Position: GEGEN ein Europa der Banken und Konzerne – FÜR ein Europa der Solidarität und des Widerstandes.

Jörg Wingold, Tel. 685911



Auch 2014 wieder Pressefest der DKP in Dortmund

Das größte linke Volksfest wird es nicht ohne Grund genannt: Das Pressefest der DKP-Wochenzeitung UZ ist auch in diesem Jahr wieder Anziehungspunkt für Tausende von Besuchern. Es findet statt am Wochenende vom 27. Bis 29. Juni im Revierpark Wischlingen in Dortmund.



Der Eintritt ist wie immer frei – es gibt Solidaritätsbutton für 5.- Euro. Merken Sie sich dieses Wochenende also vor für den Bürgerentscheid zum Flugplatz und auch für das Pressefest!

25. MAI 2014 | EUROPAWAHL 2014

Knallrot wählen!



JA zum Europa der Solidarität und des Widerstands gegen die EU!

NEIN zum Europa der Banken und Konzerne!

Gegenwind

Bürger gegen Windrad auf der Alpincenter-Halde

Die Anwohner am Alpincenter haben in den letzten Jahren schon eine Vielzahl von Belästigungen ertragen müssen. Mit dem jetzt geplanten Windrad auf der Halde ist ihre Geduld endgültig am Ende. Denn dort hat sich jetzt ein breiter und entschlossener Widerstand gegen die Pläne des Alpincenters entwickelt. Auf einem Informationstreffen der DKP für die Anwohner am 13. Januar im Johannestal gab es starken Protest der Betroffenen. Ein Windrad mit der geplanten Höhe von 130 bis 150 Metern würde den benachbarten Tetraeder noch um ca. 30 bis 50 Meter überragen!

Ein Windrad dieser Größe verursacht nach Angaben des „Spiegel“ einen Lärmpegel von circa 46 Dezibel. Dieser Lärm beschallt dann die Anwohner Tag und Nacht, 24 Stunden lang! Der Abstand zur Wohnbebauung beträgt nämlich nur 500 Meter. Hinzu kommt der Schattenwurf des Windrades: Aufgrund der geplanten Höhe würde dieser weit über die unmittelbare Nachbarschaft hinaus bemerkbar sein. Die Folgen wären erhebliche gesundheitliche Beeinträchtigungen. Außerdem befürchten die Anwohner, dass ihr Reihenhaus und Grundstück durch den Bau des Windrades an Wert verlieren würde.

Für eine ausreichende Standfestigkeit und Grundierung des Windrades müsste der Haldenkörper bis zum Untergrund ausgehoben werden. Da bei der Errichtung der Halde, Anfang der 60er Jahre, keine Abdichtung gegen Verschmutzung nach heutigem Standard erfolgte, wäre mit einer künftigen Gefährdung des Grundwassers zu rechnen.

In Gladbeck haben sich der RVR sowie die Bezirksregierungen Münster und Arnsberg gegen ein Windrad auf der dortigen Mottbruchhalde aus Landschaftsschutz- und konzeptionellen Gründen ausgesprochen. Für eine Genehmigung des Windrades müsste die Höhenbeschränkung von 114 Metern im Bebauungsplan aufgehoben werden.

Die DKP lehnt entschieden ein Windrad auf der Prosperhalde und eine Änderung des Bebauungsplanes ab. Die Belastung der Anwohner durch das Alpincenter hat ihre Grenze erreicht! Dem Technischen Dezernenten der Stadt, Herrn Höving, wurden von Anwohnern 570 Unterschriften gegen den Bau des Windrades überreicht.

Michael Gerber, Tel.: 96227



Bei der Übergabe von 570 Unterschriften gegen das Windrad an den zuständigen städtischen Baudezernenten Höving

Die Mannschaft der DKP zur Kommunalwahl



Damit man draußen sieht, was drinnen vorgeht: Die Spitzenkandidaten der DKP zur Kommunalwahl im Mai vor dem Rathaus.

Von links nach rechts: Manfred Plümpe, Irmgard Bobrzik, Michael Gerber, Herbert Dibowski, Ulrich Kunold, Birgit Lüttke-Jordan, Norbert Niesen, Gertrud Schulz, Jörg Wingold und Günter Ziemmek

Kurz & knapp - aber zum Teil schmerzhaft

Herr Mersch von der FDP ist ein ganz Schlauer: Wenn die Kirchhellener ihre Kinder nicht auf die vom ihm vehement abgelehnte teilintegrierte Sekundarschule schicken wollten, dann sollten sie sie doch in den Nachbarstädten anmelden, meinte er. Nun ist die FDP ja dafür bekannt, dass sie gern Kosten auf andere abwälzen lässt, aber Kinder per Bus nach Dorsten oder Gladbeck abzuschieben, das ist ein wenig wie das Sankt-Florians-Prinzip: Wenn es brennt, dann bitte woanders!

Interessant ist das Selbstverständnis und die Personalpolitik bei der Linkspartei: Zuerst verprellt diese Partei ihren zweiten Ratsvertreter, der dann sein Mandat aber als „Unabhängiger“ behält und ein eigenes Büro aufmacht. Und jetzt kandidiert auch noch ein Auswärtiger für die Linkspartei für den Posten als Oberbürgermeister. Was man von den Dreckskübeln halten soll, die im Internet über diesen Herrn Blocks ausgekippt werden, sei einmal dahin gestellt. Nur: Haben die denn keinen Bottroper für die Kandidatur zum Oberbürgermeister?

Auch wenn die Vertreter der DKP gewiss nicht immer mit ihm einer Meinung sind, muss man vor dem Wissen und dem Arbeitseifer von Herrn Schnirch, Vertreter der Grünen im Rat und in vielen Ausschüs-

sen doch den Hut ziehen. Die Grünen selbst sehen das offenbar anders: Herr Schnirch wurde bei deren Kandidatenliste zum Rat ausgebootet und nimmt seither aus Krankheitsgründen nicht an Sitzungen der Ratsgremien teil. Innerparteilich sind sich die Grünen offensichtlich nicht grün.

Erinnern Sie sich? „Freie Wähler“? Klingelt da was im Gedächtnis? Nicht? Wir helfen gern: „Freie Wähler“ nannte sich eine Partei, die aus den Resten der Wirren um die Vereinigung von WASG und PDS aufstieg, als sich vor der letzten Kommunalwahl so langsam der Rauch lichtet. Die damalige Führungsriege verprellte nicht wenige Mitglieder, es entstanden Linkspartei, eine kurzlebige SAG und die „Freien Wähler“. Diese Partei trat dann zur Kommunalwahl an und schaffte es tatsächlich, einen Vertreter in den Rat der Stadt zu entsenden. Das war es dann aber auch, danach war von diesem Herrn so gut wie nichts mehr zu hören: Keine Anträge, keine Reden, allenfalls ab und zu mal eine aufmüpfige Gegenstimme. Ansonsten: Außer heißer Luft nichts gewesen. Ob die „Freien Wähler“ als Partei in Bottrop noch existieren, dürfte zweifelhaft sein, zur Kommunalwahl 2014 treten sie jedenfalls nicht an. Aber: Die Wähler sind ja frei genug, anderen die Stimme zu geben!

Sind Flugzeuge wirklich mehr wert?

Ausgaben für Flugplatz Schwarze Heide auf das Nötige beschränken

In den letzten Wochen wurde von der Bürgerinitiative „Zukunft Schwarze Heide“ und den daran beteiligten Parteien eine ausreichende Anzahl von Unterschriften für ein Bürgerbegehren gesammelt, die Ausgaben für den Flugplatz Schwarze Heide auf die vertraglich festgelegte Summe von 25.000 Euro pro Jahr zu beschränken und nicht zusätzliches Geld aus dem Flugzeugfenster zu werfen. Die DKP hat sich tatkräftig an der Unterschriftensammlung beteiligt. Wie geht es nun weiter?

Zunächst muss sich der Rat der Stadt mit dem Begehren der Bürger befassen, eine Zustimmung ist nicht zu erwarten, da die Parteien SPD, CDU und FDP bereits klar gemacht haben, dass sie weiter mehr Geld als nötig für diesen Flugplatz verpulvern wollen. Sie werden jedoch bei den von ihnen beschlossenen Kürzungen in den Bereichen Soziales, Jugend und Kultur bleiben. Und das heißt: Es wird einen Bürgerentscheid geben, bei dem alle Bürger über genau diese Angelegenheit abstimmen. Der Termin dafür ist Sonntag, der 29. Juni. Inzwischen sind in unserer Stadt auch auf Initiative der DKP die Möglichkeiten zur Stimmabgabe erweitert worden, es wird nicht – wie beim Bürgerentscheid Stenkhoffbad – auf Briefwahl beschränkt bleiben. Es wird endlich Wahllokale geben, in denen auch Sie Ihre Meinung zum Begehren abgeben können. Die DKP meint: Der Schlauch, aus dem ständig immer viel zu viel Geld zum Flugplatz abfließt, muss auf das erforderliche Maß gedrosselt werden.

Beteiligen Sie sich am Bürgerentscheid, stimmen Sie mit JA!

Sind Arbeitsplätze gefährdet?

Von SPD und CDU wird behauptet, dass bei einem positiven Ergebnis des Bürgerentscheides 100 Arbeitsplätze gefährdet seien. Beim Flugzeugbauer Extra, die Firma befindet sich auf dem Gebiet der Gemeinde Hünxe, gibt es zurzeit 65 Beschäftigte. Herr Extra hat zwar öffentlich angedroht, die Flugzeugfertigung zu verlagern, aber diese Pläne sind nicht neu. Bereits vor Jahren hatte er groß angekündigt, in Oberhausen auf einem ehemaligen Stahlwerksgelände neben dem Centro eine gläserne Flugzeugfabrik errichten zu wollen.

Später ging Extra mit seinem Werk in die Insolvenz und die Pläne für sein Glashaus in Oberhausen wurden schnell begraben. Die Ankündigung darf man also nicht unbedingt wörtlich nehmen. Der Flugzeugbauer und Kunstflieger Walter Extra hat bisher sehr vom Flugplatz Schwarze Heide profitiert und wird dies auch weiterhin tun.

Insolvenz als Konsequenz??

Oberbürgermeister Tischler behauptet, dass bei einem erfolgreichen Bürgerentscheid zwangsläufig die Flugplatzgesellschaft sofort Insolvenz anmelden müsse. Damit soll den Bürgern Angst gemacht werden und wer will schon schuld an einer Insolvenz sein?

Die Tatsachen liegen jedoch völlig anders. Die Flugplatzgesellschaft konnte bisher nur überleben, weil die beteiligten Kommunen Jahr für Jahr die Verluste ausgeglichen haben. Der aktuelle Berichtsbericht der Stadt Bottrop weist jedoch für die Flugplatzgesellschaft für das Jahr 2012 nur noch eine Eigenkapitalquote von 1,96 Prozent aus.

DKP-Ratsherr Michael Gerber: „Die Flugplatzgesellschaft ist seit Jahren am Rande der Zahlungsunfähigkeit. Es stellt sich inzwischen ernsthaft die Frage, ob die Stadt hier eine Insolvenzverschleppung betreibt und sich damit strafbar macht. Mit der Panikmache der Verwaltungsspitze soll ganz offen-

sichtlich von eigenem Versagen abgelenkt werden.“

Bei einem Erfolg des Bürgerbegehrens würden die Zuschüsse der Stadt nicht komplett gestrichen, sondern künftig auf jährlich 25.000 Euro begrenzt. Völlig offen bleibt, wie sich die anderen kommunalen Gesellschafter verhalten. Der Kreis Wesel hat 20 Prozent, die Stadt Dinslaken 21 Prozent und die Gemeinden Voerde und Hünxe haben jeweils 5 Prozent Anteil an der Flugplatzgesellschaft.

Auch eine Insolvenz würde nicht das Ende des Flugbetriebes in der Schwarzen Heide bedeuten! Ein Insolvenzverwalter würde dann die Gesellschaft weiterführen und versuchen, neue Partner aus der Wirtschaft für die Gesellschaft zu finden. Beim Flugplatz Marl-Loemühle hatten 2006 im Kreis Recklinghausen die CDU gemeinsam mit den Grünen die Zuschüsse des Kreises gestrichen. Der Flugplatz ging in Insolvenz und private Investoren übernahmen den Flugbetrieb. Eine Insolvenz kann daher auch ein Neubeginn für die Schwarze Heide sein.



Die Verlängerung der Landebahn (Luftbild) hat nicht wesentlich mehr und größere Flugzeuge angezogen, als vorhergesagt worden war. Wäre der Flughafen eine Stadtteilbibliothek, wäre sie schon längst geschlossen worden. Nur: Der Flugplatz ist wesentlich teurer! Aber: Wer braucht schon Geld für Bücher...

Muss die Stadt Geld an das Land zurückzahlen?

Vielfach wird behauptet, dass bei einer Insolvenz der Flugplatzgesellschaft die Stadt Fördergelder des Landes zurückzahlen müsse. Dies ist nicht der Fall. Das Land hat in der Vergangenheit mehrere Projekte beim Ausbau des Flugplatzes gefördert. Der Ausbau der Start- und Landebahn wurde mit 2,3 Millionen Euro gefördert. Weitere 325.000 Euro Fördermittel des Landes gab es für die Erneuerung eines Hallendaches, Grunderwerbskosten sowie für diverse Gutachten. Alle diese Landesmittel gingen direkt an die Flugplatzgesellschaft. Das Rechnungsprüfungsamt (RPA) der Stadt Bottrop hat bereits im März 2013 in einem Prüfauftrag festgestellt, dass bei einer Insolvenz der Flugplatzgesellschaft die Stadt Bottrop nicht vom Land in Haftung für die gezahlten Fördergelder genommen werden kann. Die Stadt Bottrop braucht also keine Gelder an das Land zurück zu zahlen. Die Stadt haftet bei einer Insolvenz lediglich mit ihrer Stammeinlage als Gesellschafter der Flugplatzgesellschaft in Höhe von 12.526 Euro. Die Ergebnisse des RPA haben alle Parteien im Rat zur Kenntnis genommen. Wenn also irgendein Parteienvertreter etwas anderes behauptet...

Wer startet und landet auf dem Flugplatz?

Im Jahr 2012 gab es insgesamt 43.506 Flugbewegungen (Starts und Landungen) auf dem Flugplatz. Einmotorige Sportflugzeuge hatten 22.348 Flugbewegungen, Ultraleichtflugzeuge waren mit 7.498 Flugbewegungen beteiligt, Segelflugzeuge hatten 5.906 Start- und Landungen. Motorsegler hatten 3.684 und Hubschrauber 2.952 Flugbewegungen, Flugzeuge bis zwei Tonnen Startgewicht hatten 838 und alle Flugzeuge mit höherem Gewicht zusammen 278 Flug-



Beim Unterschriftensammeln: Tatkräftig beteiligten sich Mitglieder der DKP an der Sammlung von Unterschriften für das Bürgerbegehren, über das nun per Bürgerentscheid abgestimmt werden wird.

bewegungen. Der Anteil an Geschäftsreiseverkehr betrug ca. 0,5 % (ein halbes Prozent) an allen Flugbewegungen!! Für diese wenigen Starts und Landungen wurde die Landebahn des Flugplatzes 2009 für 4,5 Millionen verlängert!

DKP kritisiert Ausgaben seit 30 Jahren

Seit 30 Jahren kritisiert die DKP im Rat der Stadt die steigenden Ausgaben für den Flugplatz. Für SPD, CDU und Verwaltungsspitze ist die Schwarze Heide jedoch eine heilige Kuh! Der Flugplatz in Marl/Loemühle wurde, nach Streichung der öffentlichen Zuschüsse, privat weiter betrieben. Dies ist auch für die Schwarze Heide möglich. Die Sport- und Segelflieger sollen auch weiterhin die Schwarze Heide nutzen können, ebenso der Flugzeugbauer Extra. Es geht der DKP nicht darum, den

Flugplatz zu schließen, sondern um eine Reduzierung der städtischen Zuschüsse. Damit sich dies ändert, sammelt die DKP täglich Unterschriften für das Bürgerbegehren. Beim Stenkhoffbad wurde im letzten Jahr gezeigt, dass die Bürger sich erfolgreich gegen eine unsoziale Politik im Rathaus wehren können. Dies wird auch bei einem künftigen Bürgerentscheid zum Flugplatz Schwarze Heide der Fall sein. Die DKP setzt sich für eine stärkere Beteiligung und direkte Demokratie der Bürger bei wichtigen Fragen der Stadtpolitik ein.

Gütesiegel vom Land - keine Bedenken

Die Verwaltungsspitze sowie SPD und CDU behaupteten, dass das Bürgerbegehren unzulässig sei, weil es sich angeblich gegen das Haushaltsrecht des Rates richtet. In Stellungnahmen des NRW-Innen-

ministeriums sowie des NRW-Städtetages wird die Darstellung der Stadt jedoch eindeutig zurückgewiesen. In der Stellungnahme des NRW-Städtetages heißt es zum Beispiel: „Gegenstand des Bürgerbegehrens ist unseres Erachtens die Einhaltung bzw. Erfüllung des Gesellschaftsvertrages in der Fassung vom 9. Mai 2005... dessen Inhalt nach wie vor Geltung besitzt. Jedenfalls liegt kein anderslautender Ratsbeschluss vor.“ Die DKP sieht sich durch die Stellungnahmen des NRW-Innenministeriums und des NRW-Städtetages in ihrer von Anfang an geäußerten Auffassung bestätigt. Damit wurden alle rechtlichen Bedenken restlos ausgeräumt. DKP-Ratscherr Michael Gerber: „Das grüne Licht war für alle Beteiligten Ansporn und Rückenwind für ein erfolgreiches Bürgerbegehren.“

Eingesackert

Hotelpläne gegen FNP

Die DKP hatte bereits 2011 die Pläne zur Errichtung eines Autohauses von Procar auf dem ehemaligen Sackers-Gelände kritisiert. Die Fläche ist im Flächennutzungsplan als „allgemeiner Freiraum und Agrarbereich“ ausgewiesen. Die Pläne für ein Autohaus wurden jedoch eine zeitlang nicht weiter verfolgt.

Brabus-Eigner Bodo Buschmann erwarb das Gelände, um dort ein Hotel und einen Gastronomiebetrieb zu errichten. Dazu soll jetzt der Flächennutzungsplan (FNP) geändert werden. Dem Planungsausschuss der Stadt liegen Pläne vor, die eine deutliche Vergrößerung der bebauten und versiegelten Fläche vorsehen.

Das geplante Hotel und die Gastronomie ähneln in Größe und Baustil eher einer Kaserne und sind allein deswegen schon eine Zumutung. Die vorgesehenen 188 Parkplätze reichen für das Hotel und den Veranstaltungssaal auch bei Weitem nicht aus. Zu Recht befürchten Anwohner im Kalten Eigen bei Realisierung der Pläne in ihrer Nachbarschaft ein Verkehrschaos durch parkende PKWs. Die DKP lehnt, ebenso wie 2011, eine Änderung des FNP ab.

DKP-Ratsherr Michael Gerber: „Es gibt genügend Baugrundstücke in Bottrop, auch für Hotels und Gastronomie. Nach dem Brabus-Deal für das Gelände einer Lagerhalle soll nun für die Pläne von Herrn Buschmann sogar eigens der Flächennutzungsplan geändert und ein geschützter Naturraum und eine Frischluftzone geopfert werden.“

Bei der Änderung von Plänen für soziale Anliegen ist die Stadtspitze nicht so schnell bei der Hand!“

Manfred Plümpe, Tel.: 94135

Bahn: Gar nicht zügig!

Endlich beginnt Bau der Brücke Lütkestraße



Im Dezember 2011 wurde die Brücke Lütkestraße über die dortigen Bahngleise wegen Bauauffälligkeit abgerissen. Seitdem müssen insbesondere Schulkinder und ältere Mitbürger zu Fuß einen Umweg von zwei Kilometern in Kauf nehmen. Die Stadtverwaltung hatte erst geplant, keinen Ersatz für die Brücke zu schaffen. Der unermüdliche Einsatz der Anwohner, mit Unterstützung der DKP, hat dafür gesorgt, dass dann doch eine neue Brücke für Fußgänger und Fahrradfahrer geplant wurde.

Doch erst im Frühjahr 2013 gab es eine Planung für den Ablauf der notwendigen Arbeiten. Die Folge war eine immer spätere Fertigstellung der Brücke. Geplant war die Fertigstellung der Brücke für den Januar 2014. Später wurde von der Verwaltung ein Termin im März dieses Jahres genannt. Die DKP hat der Verwaltung mehrfach massive Versäumnisse bei der Planung des Baus der Brücke Lütkestraße vorgeworfen. DKP-Ratsfrau Irmgard Bobrzik: „Warum hat die Stadt nicht gehandelt, als Ende 2013 die Bahnstrecke für zwei Wochen komplett gesperrt war? In dieser Zeit hätten die Vorbereitungsarbeiten alle abgeschlossen werden können. Jetzt müssen die Bürger wegen der Untätigkeit der Verwaltung noch länger auf die Fertigstellung der Brücke warten.“ Immerhin haben jetzt endlich die ersten Baumaßnahmen begonnen. Im Mai sollen die Arbeiten endlich abgeschlossen sein. Ohne den beharrlichen Protest der Anwohner und die Unterstützung durch die DKP hätte es nie eine neue Brücke gegeben!

Günter Ziemmek, Tel.: 0157-70347922

Starbucks

Erfolg der Anwohner

Mit Erfolg hatten sich die Anwohner des Plankenschemm gegen die Pläne der Kaffee-Kette Starbucks gewehrt, die in ihrem Wohngebiet ein „Drive Thru Café“ errichten wollte. Das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen hat die Baugenehmigung der Stadtverwaltung mit der Begründung aufgehoben, Starbucks sei eine ständige Belästigung der Bewohner in einem Wohngebiet.

Jedoch hatte die Verwaltungsspitze öffentlich erklärt, im Interesse des Kaffeekochers möglicherweise in Berufung gegen das Verwaltungsgerichtsurteil gehen zu wollen. DKP-Ratsherr Michael Gerber: „Die Stadt sollte sich für die Interessen der Bürger einsetzen, statt mit der Brechstange die Ansiedlung von Starbucks durchzusetzen. Wenn Starbucks weiter an einem Café mit Autoschalter festhalten will, kann ja die Stadt einen alternativen Standort anbieten, der aber nicht in einem Wohngebiet liegen darf.“ Inzwischen hat die Stadtverwaltung auf eine Berufung gegen das Urteil verzichtet.

Irmgard Bobrzik, Tel.: 62020

Übrigens: Diese Ausgabe der NOTIZEN wird aus Spenden finanziert – wie jede andere vorher auch. Unsere Kontonummer: 7112 bei der Sparkasse Bottrop

marxistisch · kritisch · analytisch

UZ
- unsere zeit -
Wochenzeitung der DKP

★
Jetzt 4 Wochen kostenlos probelesen!

Erlaubt E-Mail mit Name und Adresse an: info@unsere-zeit.de · Tel.: 0201 - 17 71 88 23 - www.dkp.de

Was tun...

...wenn die Miete erhöht wird?

Immer mehr Menschen fällt es immer schwerer, von Ihrem Einkommen, die ständig steigenden Mieten zu bezahlen. Besonders für Familien mit Kindern ist eine hohe Miete kaum zu leisten, ebenso geht es vielen Rentnern, Alleinerziehenden und Geringverdienern. Bereits jetzt liegt die Mietbelastung von Durchschnittshaushalten bei ca. 30 Prozent des Einkommens, für Menschen mit geringem Einkommen oft sogar bei 40 Prozent. Doch nicht immer sind Mieterhöhungen auch gerechtfertigt!

Worauf sollten Mieter also achten:

Der Vermieter darf immer nur die ortsübliche Vergleichsmiete fordern, also die Durchschnittsmiete, wie sie aktuell am Wohnort für vergleichbare Wohnungen gezahlt wird. Das lässt sich anhand des örtlichen Mietpiegels nachweisen.

Die Mieterhöhung bedarf einer Schriftform und muss auch vom Vermieter begründet werden und ist nur mit Zustimmung des Mieters möglich. Dieser hat aber mindestens zwei Monate Zeit, um die Mieterhöhung zu prüfen, also ob alle Voraussetzungen für eine Erhöhung wirklich gegeben sind. Der Mieter kann innerhalb dieser Zeit aber auch das Mietverhältnis mit einer Frist von zwei weiteren Monaten schriftlich kündigen. Eine Mieterhöhung tritt in diesem Fall nicht ein!

Außerdem gilt eine Jahresfrist für Mieterhöhungen! Das bedeutet, dass zwischen den Mieterhöhungen immer mindestens 12 Monate liegen müssen, sodass sich ein Mindestzeitraum von 15 Monaten ergibt. Mieterhöhungen wegen Modernisierungen oder wegen gestiegener Nebenkosten bleiben dabei außer Betracht. Sendet der Vermieter eine Erhöhung vor Ablauf der Jahresfrist, ist sie schlicht unwirksam und es muss nicht gezahlt werden. Für die Mieterhöhungen in Bottrop gilt inzwischen eine 15-prozentige Kappungsgrenze.



Innerhalb von 3 Jahren darf die Miete also höchstens um 15 Prozent steigen (ausgenommen hiervon sind aber Modernisierungskosten und Erhöhung der Betriebskosten).

Luxussanierungen liegen bei Vermietern ebenfalls hoch im Trend und die Kosten für Modernisierungen werden auf die Mieter umgelegt. Durch die Sanierungen wird der Wert der Immobilie verbessert und somit werden dem Vermieter zügige Zusatzeinnahmen beschert. Es gibt allerdings eine Obergrenze für die Umlage: Maximal elf Prozent der Investitionskosten können auf die Jahreskaltmiete aufgeschlagen werden.

Es gilt also auch hier: Es sind vom Vermieter formelle Regelungen zu beachten, die der Mieter dringend überprüfen sollte.

Falls Sie Fragen zu Mieterhöhungen haben, bieten wir Ihnen gerne Unterstützung an. Rufen Sie uns an in unserem DKP Parteibüro unter: 02041-688157

Birgit Lüdtké-Jordan, Tel.: 0157-35351077



Brinkstraße: Kein Durchgangsverkehr

Seit vielen Jahren gibt es das Ärgernis, dass Autofahrer die Brinkstraße als Abkürzung zwischen Paßstraße und Prosperstraße nutzen. Die DKP hatte sich in der Vergangenheit mehrfach in der Bezirksvertretung Süd für Maßnahmen eingesetzt, um diesen Zustand zu beenden. Obwohl die Brinkstraße inzwischen als Spielstraße ausgeschildert wurde und die Durchfahrt verboten ist, hat sich an der Situation nichts geändert. Mit erhöhter Geschwindigkeit wird die Brinkstraße ohne Rücksicht auf die Anwohner und Kinder befahren.

Bei einem Treffen mit der DKP-Fraktion forderten die Anwohner, dass dieser Zustand endlich beendet wird. Die Anwohner schlugen vor, die Brinkstraße an der Paßstraße mit Sperrpfosten zu versehen. Für Müllabfuhr, Feuerwehr und Rettungsfahrzeuge soll die Durchfahrt ermöglicht werden. In der Bezirksvertretung Süd hat die DKP jetzt einen entsprechenden Antrag gestellt. Für eine Verkehrsberuhigung sammeln die Anwohner Unterschriften.

Es geht auch anders: Die Bezirksvertretung Mitte beschloss nämlich, die Straße Ehrenpark so umzugestalten, dass diese Straße künftig nicht mehr zur Abkürzung genutzt werden kann. Lag dieser prompte Beschluss der Bezirksvertretung Mitte möglicherweise daran, dass am Ehrenpark ein Dezerent der Stadtverwaltung wohnt?

Irmgard Bobrzik, Tel.: 62020



Der DKP-Nikolaus kommt jedes Jahr - auch 2013 stand er in der Innenstadt und verteilte kleine Geschenke an große und kleine Kinder. Woher das Geld dafür kommt? Aus Spenden der DKP-Ratsfraktion!

Leserbrief von Gertrud Schulz, Horster Str. 80

Meine Erfahrungen mit dem Jobcenter

Ich werde im April 64 Jahre alt, ich erhalte eine kleine Witwenrente und dazu „aufstockend“ circa 130,- Euro ALG-II monatlich. Ich bin nicht mehr gesund, zum Beispiel leide ich am grauen Star, habe nur noch 20 Prozent Sehkraft. Eine neue Brille kann ich mir nicht leisten und hatte allein im Februar schon 40,- Euro an Rezeptgebühren zu zahlen.

Bei meinem letzten Besuch im Jobcenter Arbeit für Bottrop wurden mir diverse miese oder völlig unrealistische Jobs empfohlen, aber ich habe mich immer gegen Hartz IV und gegen Ein-Euro-Jobs ausgesprochen, die sind menschenunwürdig. Eine geplante Zwangsverrentung mit Abschlagen von über sieben Prozent wurde mit Hilfe der DKP erfolgreich abgewehrt. Aber zu meinem nächsten Besuch im Jobcenter wird von mir verlangt, einen großen Stapel an Bewerbungen mitzubringen.

Inzwischen wurden mir verschiedene Kurse angeboten, so zum Beispiel zum Thema

Bachblüten, zu Schüssler-Salzen und Ähnlichem, ja sogar der Kurs „Notfalltropfen“ stand auf der Liste. Wofür soll ich das lernen? Notfalltropfen sollte man lieber den Politikern in Berlin verabreichen, die scheinen

das nötiger zu haben. Ihre letzte Diätenerhöhung um satte 10 Prozent haben sie sich nach nur wenigen Minuten Diskussion selbst genehmigt.

Ich mache nur den Kochkurs mit, weil ich dann sechs Wochen preiswert zu Mittag essen kann. Über 360 Millionen Euro werden für solche sinnfreien Kurse für die über 50-jährigen vom Bund ausgegeben, nur damit wir für die Zeit der Kurse aus der Arbeitslosenstatistik verschwinden.

Für 130,- Euro monatliche Unterstützung wird man seitens des Jobcenter gedemütigt. Muss ich mich denn erst aus Protest auf den Rathausplatz setzen? Herr Bräuniger, Leiter der Arbeit für Bottrop behauptet, seine Mitarbeiter machen keine Fehler. Das sieht man dann an der Vielzahl von Bürgern, die in die DKP-Sprechstunde kommen.

„Öffentlichkeit ist der Sauerstoff der Demokratie“, sagte einmal Günter Wallraff. Wir brauchen viel mehr davon.

Gertrud Schulz, Tel.: 684055



Bei der DKP

Hilfe rund um Hartz-IV-Probleme

So wie Gertrud Schulz hier auf dieser Seite ihre Erfahrungen mit der Afb beschreibt, geht es leider vielen Betroffenen in Bottrop. In unsere Bürgerberatung kommen viele Hilfesuchende, die vor allem Fragen zu den Themen Hartz-IV, Sozialhilfe und Mieten haben.

Die DKP hilft beim Ausfüllen von komplizierten Formularen, beim Widerspruch gegen unverständliche oder fehlerhafte Bescheide, bei der Durchsetzung von Rechten und Ansprüchen. In letzter Zeit hat das Thema Zwangsverrentung leider zugenommen. Wer vom Jobcenter zur frühzeitigen Rente und damit zu Abschlagen bis über 14 Prozent gezwungen wird, sollte sich wehren. Ebenso nimmt die Aufforderung zu, sich eine preiswertere Wohnung zu suchen, bzw. die Miete irgendwie zu verrin-

gern! Und das, obwohl manche Betroffene schon viele Jahre in der gleichen Wohnung wohnen. Auch hier kann und sollte man sich wehren. Die Große Koalition plant für die Zukunft weitere Verschärfungen bei Hartz-IV. Es wird daher immer wichtiger, sich gegen Willkür und Unrecht zu wehren.

Die DKP hilft kostenlos jeden Montag, Mittwoch und Donnerstag zwischen 14.00 Uhr und 17.00 Uhr in der Bürgersprechstunde im Parteibüro, Germaniastraße 54. Ein kurzer Anruf, (Tel.: 02041-688157) für einen Termin, eine E-Mail an dkp-bottrop@t-online.de oder einfach vorbeikommen. Wer kämpft, kann verlieren, wer nicht kämpft, hat schon verloren!

Volker Pätzold,
Tel.: 688157

Impressum

Ich möchte...

- Informationen über die DKP bekommen.
- Einladungen zu den Veranstaltungen
- Mitglied werden.

Name: _____
 Straße: _____
 PLZ, Ort: _____

Herausgeberin: DKP-Ratsfraktion im Rat der Stadt Bottrop

V.i.S.d.P.: Michael Gerber, Germaniast. 54, 46236 Bottrop

☒ s.o. ☎ 68 81 57

E-Mail: dkp-bottrop@t-online.de
www.dkp-bottrop.de

Auflage: 35.000. Druck: Kiel-Druck, Kiel